

Beschluss:

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Hamburg, die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates auf, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

I. Im klinischen Bereich:

1. Das Bonuszahlungen an Pflegekräfte als Wertschätzung der Bedeutung ihrer Pflegetätigkeit für die Gesellschaft ausgezahlt werden. Die Zahlungen erfolgen gestaffelt nach Dienstjahren und sollen auch Rückkehrer:innen in den Pflegeberuf umfassen.
2. Die Bereitstellung von Mitteln für zusätzliches Personal, das pflegeferne Tätigkeiten übernimmt. Die Mehrkosten sollen dabei die Krankenkassen tragen.
3. Ein Umdenken in der Personalbemessung nötigenfalls als Bundesratsinitiative herbeizuführen:
4. a) Kurzfristig muss §2 Art. I S. 1 PpUGV[1]¹ dahingehend konkretisiert werden, dass in der stationären Personalbemessung nur Pflegefachkräfte berücksichtigt werden, die an der selbstständigen Patient:innenversorgung direkt beteiligt sind.
5. b) Langfristig soll die SPD Hamburg sich auf Bundesebene für die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgesetzten Pflegepersonalregelung 2.0. (PPR 2.0.) einsetzen.

II. Im Ambulant-pflegerischen-Bereich:

1. Qualitative Untergrenzen für Materialien und Hilfsmittel, sowie einen landesweit vorgegebenen Qualitätsstandard zu setzen. Die zur Sicherstellung der Einhaltung notwendigen Kontrollen soll das Amt für Arbeitsschutz Hamburg übernehmen.
2. Die Schaffung des Berufsbildes der Gemeindepfleger:innen (sog. Community Health Nurses) durch den Bund soll auch in Hamburg unterstützt werden. Dafür müssen bürokratiearme, städtische Strukturen geschaffen werden, die den Einsatz der Community Health Nurses als Knotenpunkt von pflegerischen, medizinischen und sozialen Leistungen ermöglichen.

III. Zur Stärkung des Tarifsystems:

1. Innerhalb der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist darauf hinzuwirken, dass im Rahmen künftiger Tarifverhandlungen der Lohn um den Betrag von zwei Entgeltgruppen – zumindest für die Gruppen P5 bis P13 - erhöht wird.

2. Zur Sicherstellung flächendeckend angemessener Bezahlung, soll die bestehende Beschlusslage der SPD zur Förderung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen auf Bundesebene vorangetrieben werden.

[1]² Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft